

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Maidan: Die unerwartete Revolution

- | | |
|----------------------------|--|
| Timothy Snyder | Europa und die Ukraine |
| Kateryna Mishchenko | Zwischen Traum und Wirklichkeit |
| Oksana Forostyna | Land der Kinder |
| Mykhailo Minakov | Moses und Prometheus |
| Mykola Riabchuk | Hat der Maidan das Land gespalten? |
| Tatiana Zhurzhenko | Im Osten nichts Neues? |
| Serhii Leshchenko | Typologie der ukrainischen Oligarchen |
| Anton Shekhovtsov | Swoboda: Aufstieg und Fall |
| Nikolay Mitrokhin | Orthodoxe Kirche und Politik |
| Cyril Hovorun | Die Kirche auf dem Maidan |
| Tanya Richardson | Odessa – traumatisierte Stadt |
| Emine Ziyatdinova | Es gibt kein anderes Zuhause. Photoessay |

Mykhailo Minakov
MOSES UND PROMETHEUS
Die Ukraine zwischen Befreiung und Freiheit

Der Zusammenbruch der Sowjetunion eröffnete ihren Republiken die historische Chance, sich politisch neu zu erfinden. Auch für die Ukraine, die aus diesem Zusammenbruch als unabhängiges Land hervorgegangen ist, war dies ein revolutionärer Moment. Er begann mit der Unabhängigkeit und dem Versprechen auf Demokratie und freie Marktwirtschaft, doch was folgte, war nicht die Einlösung dieses Versprechens, sondern eine Entwicklung, die zu zwei weiteren revolutionären Momenten führte: zum ersten Maidan, der Orangen Revolution von 2004, und zum Euromaidan von 2013/14 – Ereignisse, die die gebrochenen Versprechen eingeklagt und eine neue Form von Politik hervorgebracht haben. Jede postsowjetische Nation hat die Revolution auf ihre Weise verraten und war jeweils auf ihre Weise enttäuscht von ihr, ohne freilich die damit verbundenen Ziele aufzugeben. In der Ukraine haben die ursprünglich angestrebten und auf dem ersten und zweiten Maidan erneuerten Ziele nichts von ihrer Bedeutung verloren. Sie könnten die Grundlage für eine neue, nunmehr Dritte Ukrainische Republik legen.

Im zeitgenössischen politischen Diskurs der Ukraine, der stark von antisowjetischen, nationalistischen Sichtweisen geprägt ist, wird die jüngere ukrainische Geschichte als eine unterbrochene Kette von Republiken dargestellt. Die Erste Republik steht für eine Serie von Anläufen zur Unabhängigkeit, die mit der Gründung der Volksrepublik 1917 begann und 1922 mit der Errichtung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik endete. Die Zweite Republik ist ein Resultat der Auflösung der Sowjetunion, und ihre Gründung 1991 verband sich mit der Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand. Es folgte eine lange und schwierige Zeit des Übergangs. Viele ukrainische Intellektuelle und Politiker sehen im Sturz des Janukowytsch-Regimes das Ende dieser Periode und fordern einen Neuanfang – eine Dritte Republik, die endlich die aus der Sowjetzeit überkommenen institutionellen und mentalen Fesseln abstreift.

Die Anstrengungen zur Gründung der genannten Republiken sind jeweils revolutionären Momenten in der ukrainischen Geschichte entsprungen. Jeder dieser Momente barg bzw. birgt ein Potential zur Umsetzung von Strategien, für die hier zwei Schlüsselfiguren symbolisch stehen: Prometheus und Moses. Die prometheische Strategie verbinde ich mit Hannah Arendts Begriff der Revolution als radikalem Neubeginn. Prometheus verkörpert den *Homo Faber*, der sich gegen die vorgegebene Ordnung empört und sich selbst ermächtigt, die Erde zu gestalten. In diesem Sinne eröffnet die Revolution dem Volk einen politischen Raum, in dem es seine Ideen frei verwirklichen kann.

Als Gegenspieler zu Prometheus als Inbild der positiven Freiheit habe ich die Figur des Moses gewählt. Er verkörpert die negative Freiheit als Prinzip eines anderen Typus von Revolution: Moses steht für einen Akt der Befreiung, der das Volk dem verheißenen Ziel der Freiheit näherbringt. Hier ist Revolution im Kontext einer kollektiven Geschichte zu verstehen, die den Übergang von einer unfreien Ordnung in eine neue Ordnung vollzieht, mit künftiger Freiheit als Ziel. In den 1990er Jahren haben sich die ukrainischen Eliten gerne der Moses-Metapher bedient, um Zeit für ihre Anstrengungen zur Staats- und Nationsbildung zu gewinnen: Die Revolution, sprich Unabhängigkeit, führe nicht sofort zum idealen Zustand der Freiheit, sondern nur auf den Weg dorthin; sie sei kein einmaliger Akt, sondern ein Prozess, dessen Resultat vielleicht erst künftige Generationen genießen können.

Idealtypisch unterscheiden sich die »prometheische« und die »mosaische« Revolution hinsichtlich ihrer Ergebnisse: Während die eine ein freies Gemeinwesen schafft, führt die andere zu einer Ordnung, die zwar das Joch des Ancien Régime abschüttelt, in der Freiheit aber erst verwirklicht werden muss. Beide Typen von Freiheit waren in den revolutionären Momenten der ukrainischen Geschichte der letzten hundert Jahre präsent.

Die Agenda der Revolutionen, die zum Sturz des Sowjetimperiums geführt hat, enthielt von 1989 bis 1991 Elemente beider Typen von Freiheit. Das gilt insbesondere für die postsowjetische Geschichte der Ukraine. Im Folgenden möchte ich zeigen, wie sich die Zweite Republik in einem dramatischen Spannungsfeld von Prozessen entwickelt hat, die von den genannten Freiheitstypen inspiriert waren und sich in verschiedenen Bereichen bemerkbar machten: in der Transformation der öffentlichen und

der privaten Sphäre, im Aufbau demokratischer Institutionen sowie im Verhältnis von Staat und Wirtschaft, Regierung und Unternehmertum etc. Die Entwicklung nahm ihren Ausgang von einer relativ offenen revolutionären Situation, führte zur Herausbildung einer Oligarchie und gipfelte schließlich in dem Versuch, eine Autokratie zu errichten. Dies mobilisierte das Volk zweimal zu massivem Widerstand und schuf neuerlich revolutionäre Momente, für die symbolisch der Maidan, der Platz der Unabhängigkeit in Kiew, steht.

Im Folgenden werde ich dieser Entwicklung nachgehen und erstens das Potential der Revolution von 1991, zweitens den spezifischen Verlauf der ukrainischen postsowjetischen Übergangsperiode und drittens die zyklische Wiederkehr der revolutionären Situation 2004 und 2013/14 untersuchen, um schließlich die gegenwärtigen Chancen einer Neugründung der ukrainischen Republik zu betrachten.

Revolution als Neuanfang

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 hatte viele Ursachen, darunter Kämpfe zwischen Gruppen und Personen innerhalb der Parteiführung, das Scheitern von Gorbatschows wirtschaftlichen und politischen Reformversuchen, wachsende Spannungen zwischen ethnischen Gruppen und schwindender Rückhalt in der Bevölkerung.

Das Belowescher Abkommen aus demselben Jahr besiegelte die Auflösung der Sowjetunion und machte für die ukrainische Elite den Weg frei, ihre in der Souveränitätserklärung von 1990 und der Unabhängigkeitserklärung von 1991 artikulierten Hoffnungen zu verwirklichen. Anders als in Russland begann die Unabhängigkeit in der Ukraine nicht mit Massenprotesten und niemand musste sein Leben für die Republik opfern. Die ukrainische Revolution nahm ihren Anfang – noch zur Zeit der Perestroika – in der Privatwirtschaft, erst dann folgte die Errichtung einer neuen politischen Ordnung. Im Rückblick muss man allerdings feststellen, dass es nicht gelungen ist, die in der Privatsphäre entstandenen revolutionären Neuerungen in eine nachhaltige Reform der politischen Institutionen zu übersetzen. Insbesondere die Bildung demokratischer Institutionen konnte nicht abgeschlossen werden. Vielmehr verkamen diese in dem politischen System, das sich in der Ukraine herausbilden sollte, zu einer Fassade, hinter der sich private Interessen verbargen.

Am Anfang aber, d.h. im Herbst 1991, waren die Gründungsväter der unabhängigen Ukraine, die »Nationalkommunisten« und die »Nationaldemokraten«, übereingekommen, eine neue politische Ordnung zu errichten. Die politische Imagination beider Gruppen war bestimmt von der damals dominierenden historizistischen Vorstellung von Revolution und den Wahlmöglichkeiten, die diese bietet. Generell kann man sagen, dass die postsowjetische Nationsbildung in den Händen von Politikern lag, die weitgehend von den internationalen intellektuellen Netzwerken abgeschnitten waren und kaum Einblick in das globale Geschehen hatten. So knüpften sie an die Tradition des frühen 20. Jahrhunderts an. (Kasyanov 2008, S. 40ff.)

Entsprechend beruhten die ideologischen Alternativen in der Ukraine jener Zeit auf einem marxistischen Ansatz historischer »Formationen« einerseits und nationalistischen Vorstellungen andererseits, vom »integralen Nationalismus« Dmytro Donzows zum revolutionären Nationalismus Stepan Banderas. Der politische Liberalismus hingegen fristete nur eine marginale Existenz, und die westlichen Entwicklungen der Revolutionstheorien im 20. Jahrhundert blieben in der sowjetischen und postsowjetischen Ukraine unbekannt. Es waren nach wie vor Karl Marx und Friedrich List, die die Vorstellungen von dem prägten, was eine Revolution ist und wie sie ins Werk zu setzen sei.

Roman Szporluk hat in seinem Buch *Communism and Nationalism: Karl Marx Versus Friedrich List* gezeigt, wie die Ideen dieser beiden Denker in unserem Teil der Welt zu einer spezifischen Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis verschmolzen. (Szporluk 1988, S. 152ff.) Diese Verbindung wurde bereits in der revolutionären Periode von 1917 bis 1922 im Gebiet des ehemaligen Russischen Imperiums virulent und spielte 1989-1991 erneut eine Rolle in den postsowjetischen Ländern.

Obwohl verschiedener Auffassung, was das »Subjekt der Geschichte« betrifft, teilten beide Positionen, die Marxisten und die Nationalisten, die historizistische Vorstellung, dass die Revolution einen raschen Wandel darstellt, der eine große Gruppe betrifft, der alle Sphären menschlichen Handelns einschließlich Wirtschaft, Politik und Kultur erfasst und sich mit der Vision einer erstrebenswerten Zukunft verbindet, die mittels Kenntnis und Nutzung der Gesetze der Geschichte verwirklicht werden kann. Wie Karl Popper jedoch zeigte, hat der Glaube an historische

Gesetze direkte Implikationen für die politische Praxis: Er zerstört den Raum für individuelle Entscheidungen und setzt auf *social engineering*. (Popper 2002, S. 4)

Betrachten wir für einen Moment, welchen dramatischen Wandel die Theorie der Revolution Mitte des 20. Jahrhunderts angesichts der Erfahrungen mit totalitären Projekten durchmachte. Der entscheidende Punkt war die Einsicht in die Verbindung zwischen Freiheit und Zukunft: In einer Gesellschaft mit vorbestimmter Zukunft kann es keine Freiheit geben, während eine offene Zukunft den Individuen und der Gesellschaft Raum für Kreativität bietet, auch was Politik betrifft.

Unter den zahlreichen Denkern, die sich kritisch mit den Revolutionstheorien des 19. Jahrhunderts beschäftigt haben, hat sich Hannah Arendt besonders ausgezeichnet. Sie bietet Einsichten, die uns helfen können, die Übergangsprozesse besser zu verstehen, die die unabhängige Ukraine seit 1991 durchgemacht hat. Arendt bricht mit der historistischen Auffassung der Revolution, indem sie Freiheit und Neubeginn zu ihren zentralen Elementen macht: Nur wo das »Pathos des Neubeginns vorherrscht und mit Freiheitsvorstellungen verknüpft ist, haben wir das Recht, von Revolution zu reden«. (Hannah Arendt 1974, S. 41) Damit wird Politik zur Arena für Kreativität und Innovation.

Eine für den Revolutionsbegriff wesentliche Unterscheidung, die Arendt in Auseinandersetzung mit dem Historizismus macht, ist die zwischen Befreiung und Freiheit: »Dass Befreiung und Freiheit nicht dasselbe sind, dass Freiheit zwar ohne Befreitsein nicht möglich, aber niemals das selbstverständliche Resultat der Befreiung ist, dass der Freiheitsbegriff, der der Befreiung eigen ist, notwendigerweise nur negativ ist, und dass also die Sehnsucht nach Befreiung keineswegs identisch ist mit dem Willen zur Freiheit – all das sind natürlich Binsenwahrheiten.« (Ebd., S. 34f.) Damit eine Revolte zur Revolution wird, muss die Befreiung mit dem Willen zur Freiheit einhergehen. So gesehen ist das Inbild des Revolutionärs nicht Moses, sondern Prometheus, dessen heroische Tat den Menschen die neue Dimension der Freiheit eröffnete.

Ausgehend von der Unterscheidung zwischen Befreiung und Freiheit geht Arendt von zwei Typen revolutionärer Strategien aus: die historische und die kreative. Die Erstere interpretiert die Revolution als »unwiderstehlich und unwiderruflich« (ebd., S. 58), als historische Notwendigkeit. Das Urbild ist die Französische Revolution, und alle folgenden, bis hin

zur Oktoberrevolution und darüber hinaus, scheinen dazu verurteilt, sie wiederaufzuführen. »Der magische Bann, in den die Vorstellung von einer historischen Notwendigkeit die Menschen seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts geschlagen hat, ist seit der Oktoberrevolution zu einer wahren Besessenheit geworden, und der Russischen Revolution kommt natürlich in unserem Jahrhundert die gleiche Bedeutung zu, welche die Französische in den Augen der Zeitgenossen hatte. Auch sie hat erst eine unvergleichliche Hoffnung in die Welt gebracht, um die gleiche Welt in eine umso tiefere Verzweiflung zu stürzen.« (Ebd., S. 70.) Auf diese Weise verliert die Revolution ihre Kraft, etwas Neues zu schaffen. Nur die Revolutionäre der ersten Generation können für sich beanspruchen, Neues geschaffen zu haben, während ihre Nachfolger dazu verurteilt sind, den Akt der Befreiung zu wiederholen, ohne selbst die Freiheit politischen Handelns zu genießen.

Das Gegenteil dieser Strategie ist die Revolution als Schöpfung einer Sphäre der Freiheit. Dieser kreative Akt verleiht den Menschen die Möglichkeit, ihre eigenen politischen Projekte zu verwirklichen. Das historische Beispiel dafür ist die Amerikanische Revolution. »Aber wir brauchen uns nur den Gang der Amerikanischen Revolution vor Augen halten, in deren Verlauf sich das genaue Gegenteil ereignete und wo alle Mitwirkenden daher auch zutiefst davon überzeugt waren, dass der Mensch Herr seiner Geschicke zum mindesten im politischen Bereich ist, um zu verstehen, wie sehr gerade die in der Französischen Revolution sich offenbarende menschliche Ohnmacht das Selbstbewusstsein der Zeit erschüttert haben muss.« (Ebd., S. 62f.)

Für meine Interpretation des ukrainischen Revolutionsweges ist die Unterscheidung zwischen Befreiungs- und Freiheitsstrategie entscheidend. Der ukrainische Fall bietet Beispiele, die zeigen, dass historische Momente irreversiblen Wandels den Einzelnen vor die Wahl stellen, einem der beiden Wege zu folgen. Beide haben sich in der Geschichte des Landes seit 1991 deutlich manifestiert. Die Befreiungsstrategie wurde von den Nationaldemokraten in ihren Anstrengungen zur Staatsbildung verfolgt. Zugleich blühte in der Privatsphäre die Freiheitsstrategie mit ihrer Leidenschaft für Innovation und politische Kreativität auf, um später von dort in Gestalt von Oligarchie und Korruption in die öffentliche Sphäre zu wandern. Der Zusammenstoß dieser beiden Strategien und der Prozesse, die sie in Gang gesetzt haben, führte zu zwei revolutionären Mo-

menten, für die beide Male der Maidan steht und die beide ein echtes Kreativitätspotential bargen und bis heute bergen.

Irrungen und Wirrungen des Übergangs

Geprägt von konkurrierenden revolutionären Strategien war die Zweite Republik das Produkt einerseits der Befreiung vom Ancien Régime und der Reform der öffentlichen Sphäre unter der Ägide der Nationaldemokraten sowie andererseits der Kanalisierung der kreativen Energie in die Privatsphäre. Die Zählung der republikanischen Tradition setzt mit der Ersten Republik von 1917 bis 1922 ein und blendet die sowjetische Ukraine als Fremdherrschaft aus, so dass die postsowjetische Ukraine von 1991 als Zweite Republik gerechnet wird. Das mag seine Richtigkeit haben, dennoch sehe ich keinen Grund, warum man die unabhängige Ukraine nur mit dem gescheiterten Projekt der Ersten Republik verknüpfen und die Augen vor der Kontinuität bestimmter sowjetischer Praktiken verschließen soll, die sich bis in die Zweite Republik fortgesetzt haben. Die Konkurrenz zwischen den beiden revolutionären Strategien ist hervorgegangen aus der Koinzidenz des Befreiungsmodells, wie es die Nationalkommunisten und Nationaldemokraten teilten, mit der Chance auf Freiheit, die sich mit dem unumkehrbaren Umbruch von 1991 eröffnete.

Der postsowjetische Übergang vom kommunistischen Regime zur Demokratie wurde in erster Linie durch Reformen auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft bewerkstelligt. Diese Reformen waren mit zwei sich wechselseitig stützenden Strategien verbunden: Entsovjetisierung und Aufbau von demokratischen und Marktinstitutionen. Gleichzeitig wurde die kapitalistische Gesellschaft neu erfunden – von sowjetisch geprägten Menschen, die nun in neu gebildeten Nationalstaaten lebten.

Die postsowjetischen Eliten standen überall vor derselben Entscheidung: Schocktherapie oder schrittweise Reformen. Wie Anders Aslund schrieb, war die »postkommunistische Transformation ein heftiger Kampf. Auf der einen Seite der Barrikade standen die radikalen Reformer, die eine normale Gesellschaft aufbauen wollten. Ihre Hauptgegner waren *rent seekers*, nicht die alten Kommunisten.« (Aslund 2007, S. 2) Die Antwort auf dieses Dilemma sollte von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der neuen Demokratien sein.

Die Ukraine wurde keiner Schocktherapie unterzogen. Politischer Pluralismus, Demokratie, Privateigentum und Elemente einer freien Marktwirtschaft hielten Einzug, allerdings sehr langsam. Es kostete Jahre, überhaupt damit anzufangen, die Versprechen der Revolution einzulösen – in der Zwischenzeit waren sie von der Elite und den Bürgern schon fast vergessen. Wie anfangs bereits erwähnt, beriefen sich die Verantwortlichen gerne auf die Figur des Moses, der vierzig Jahre brauchte, um sein Volk ins Gelobte Land zu führen.

Diese Verzögerung hängt mit der Stärke der *rent seekers* zusammen, von denen Aslund spricht. Dabei handelt es sich um Individuen oder Gruppen, die versuchen, zugunsten ihrer privaten Interessen auf den politischen Prozess Einfluss zu nehmen. Im ukrainischen Fall bremsen darüber hinaus auch die orthodoxen Kommunisten die Reformen. Ein Blick in die Souveränitätserklärung von 1990, in die Unabhängigkeitserklärung von 1991 und in die 1996 verabschiedete Verfassung zeigt, dass der frühe postsowjetische Konsens über-inklusiv war. Diese Dokumente vereinen widersprüchliche sozialistische, nationalistische und liberale Ideen und vermeiden es, die Ziele der Staatsbildung zu artikulieren, ebenso wie die Grundzüge eines neuen Gesellschaftsvertrags. Diese Schwächen resultieren aus dem Versuch, die Revolution in einer Gesellschaft umzusetzen, die in den Augen der Nationaldemokraten noch nicht reif dafür war. In jener Zeit gab es allerdings einen unausgesprochenen Gesellschaftsvertrag, der zwischen wagemutigen und ungebildeten Champions des privaten Unternehmertums und Politikern geschlossen wurde, die auf *social engineering* setzten.

In der öffentlichen Sphäre, wo damals kollektivistische Erwartungen dominierten, gab es nur wenige Ansätze zu politischer Kreativität. Die Geschichte der unabhängigen Ukraine kann als Wettkampf zwischen zwei großen politischen Institutionen beschrieben werden: dem Parlament (Werchowna Rada) und dem Präsidenten. Das ukrainische Parlament hatte seine Wurzeln in der Sowjetunion und sorgte so für das Überleben von Werten und Praktiken der 1970-80er Jahre in der postsowjetischen Zeit. Zugleich bot es Raum für die Entwicklung einer hybriden öffentlichen Sphäre, in der halbdemokratische und halbkorrupte Praktiken gediehen. Dieses Relikt aus der Sowjetzeit war unter stetem Beschuss durch die postsowjetische Institution des Präsidenten. Allerdings trug diese Institution ebenfalls Züge des Ancien Régime, insofern die Präsidialadministration

ähnliche Machtbefugnisse besaß wie das Politbüro der Kommunistischen Partei. Insofern stellte die Institution des Präsidenten eine permanente autoritäre Versuchung dar und bedrohte ebenfalls die demokratische Entwicklung. Keine der beiden Institutionen, Parlament und Präsident, war eine Stütze der Demokratie, und beide wurden erfolgreich von den *rent seekers* instrumentalisiert.

Die politische Kreativität in der öffentlichen Sphäre wurde darüber hinaus von Beginn an durch einen weiteren Faktor begrenzt: den spezifisch ukrainischen Ansatz der Nationsbildung. Die ukrainische Identität durchlief nach 1991 einen radikalen Wandel: Die Ukrainer wurden von einer ethnischen Gruppe unter vielen zu einer dominierenden Gruppe mit eigener Staatlichkeit. Entsprechend wurde eine »Demokratie der Identifikation« geschaffen, mit einer legitimierenden Ideologie, die Herrscher und Beherrschte vereint. (Vgl. Rosanvallon 2011, S. 4) Die ukrainische Identität entwickelte sich so zwischen den Polen eines zivilen und eines ethnischen Nationalismus über zwanzig Jahre zu einer Alternative sowohl zur mitteleuropäischen »Rückkehr nach Europa« als auch zur eurasischen »Ostalgie«. Ihr revolutionäres Potential wurde durch die Idee der nationalen Befreiung beschnitten, die bis ins 19. Jahrhundert (oder sogar viel weiter) zurückreicht, sich in der kurzen Episode von 1917 bis 1922 artikuliert, in den 1930er bis 1950er Jahren von organisierten Nationalisten militant verfochten und schließlich 1991 formal verwirklicht wurde. Nach 1991 war diese Idee auf die Vergangenheit ausgerichtet; ihr Potential für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft war minimal.

Während die öffentliche Sphäre von der Befreiungsideologie dominiert war, herrschte in der Privatsphäre die Freiheitsideologie und vibrierte vor neuen Formen der Kreativität. Die sowjetische Moderne beruhte auf einem prinzipiellen Ungleichgewicht zwischen Privatem und Öffentlichem, private Institutionen wurden an den Rand gedrängt. Das private, religiöse und kommunale Leben, die Kultur und die Unternehmen waren unter dem permanenten Druck von öffentlichen Institutionen, die von dem totalitären Sowjetsystem kontrolliert wurden. Mit der Perestroika hielten Revolutionen im Sexualleben, im Unternehmertum, in der Konsumwelt und sogar im kriminellen Milieu Einzug. Die sexuelle Revolution hat das Familienleben verändert. Geschlechtsspezifische Ausbeutung geht mit sexueller Befreiung einher. Derselbe radikale Wandel ist im Bereich des Konsums zu beobachten; die Ukrainer mussten sich erst einmal daran

gewöhnen, dass Versorgungsengpässe der Vergangenheit angehörten. Den größten Zuwachs an Kreativität verzeichneten aber das Unternehmertum und das kriminelle Milieu.

Der menschliche Hang, Geschäfte zu machen, wurde unter der Sowjet-herrschaft als Todsünde angesehen. Der Anteil der Schattenwirtschaft in der Sowjetunion ist bis heute nicht bezifferbar, aber sie existierte und hatte einen beträchtlichen Einfluss auf das postsowjetische Unternehmertum.¹ An den Rand der Sowjetgesellschaft gedrängt, waren die Unternehmer oft Teil krimineller Netzwerke und teilten deren Werte und Praktiken. Das änderte sich mit Gorbatschows Reformen ein wenig, doch war die nach 1991 neu entstandene Unternehmerklasse dem Lebensstil ihrer Vorgänger noch immer stark verhaftet. Nach dem Ende des Sowjetimperiums waren Geschäftsleute entweder Teil krimineller Netzwerke oder wurden von ihnen kontrolliert. (Kutpaladze 2012, S. 7ff.)

Zugleich nutzten kriminelle Gruppen den Zusammenbruch des Rechtssystems dazu, an der Privatisierung des Staatseigentums zu partizipieren und Teil der herrschenden Elite zu werden. Wiktor Janukowytsch und seine nächste Umgebung sind das erfolgreichste Beispiel für diese Strategie.

Die Liberalisierung der Wirtschaft brauchte Unternehmer, die in der Lage waren, Risiken einzugehen, private Initiative zu ergreifen und mit der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn es um die Neuordnung der Privatwirtschaft ging. »Es musste ein völlig neues System auf die Beine gestellt werden, und das hierfür erforderliche Wissen war beschränkt«, schrieb Aslund. (Aslund 2007, S. 4) In dieser Situation mangelnder Informationen und Kompetenzen war es für kriminelle Gruppen ein Leichtes, das Rennen um die Privatisierung der Filetstücke aus der Konkursmasse der Sowjetindustrie zu gewinnen. Bis 1995 fusionierten sie mit nicht kriminellen Unternehmern wie den »Roten Direktoren« und den noch raren Jungunternehmern zu regionalen politischen und wirtschaftlichen Gruppen.² Vertreter der größten kriminellen Gruppen wurden in politische Führungspositionen auf lokaler und staatlicher Ebene gehievt, insbesondere im Bereich der Judikative und der Exekutive. (Kutpaladze 2012, S. 12ff.) Zugleich gaben sich diese Gruppen eine neue Gestalt und teilten sich in eine legale und eine Schattenorganisation. Mit Beginn des neuen Jahrtausends verfügten die legalen Strukturen über eingetragene Unternehmen mit internationalem Eigentum sowie über im Parlament vertretene politische Parteien.

So ist es den *rent seekers* gelungen, sich den Zugang zu den nationalen Ressourcen zu sichern. Die postsowjetische Privatsphäre erwies sich als Ort, an dem neue Unternehmens- und Gemeinschaftsformen sowie öffentlich-private Partnerschaften geschaffen wurden. Die kreative Energie des Privatsektors erwies sich allerdings als zutiefst ambivalent. Sie war eine innovative Kraft, aber sie hat nicht nur die Industrie restrukturiert, sondern auch die politischen Institutionen des Landes deformiert. Die prometheische Revolution führte zu monströsen Formen einer Symbiose zwischen Privatem und Öffentlichem. Der Begriff »systemische Korruption« beschreibt eine zentrale Eigenschaft der neu entstandenen Ordnung, die sich als Oligarchen-Regime etablierte und zu einem neuen Ungleichgewicht zwischen Öffentlichem und Privatem führte.

Die Werchowyna Rada und das Ministerkabinett waren die ersten Opfer der ukrainischen Oligarchen. Deren auf regionaler Ebene organisierte Gruppen zogen als Fraktionen ins Parlament ein. Ab 1993 hielten ihre Vertreter Schlüsselpositionen im Kabinett und in den Parlamentsausschüssen. Das zentrale Interesse dieser Gruppen war es, Kontrolle über die Machtzentren zu bekommen und auf diese Weise Zugang zum Staatsbudget. In einem späteren Stadium wurde das Amt des Präsidenten zum Hauptziel.³

Mit dem Aufstieg der Oligarchen schwand der Einfluss der Nationaldemokraten auf den Prozess der Staatsbildung. Einzig ihre Identitätspolitik war erfolgreich: Sie veränderte das Selbstbild der breiteren Bevölkerung und prägte insbesondere die jüngere Generation. Die 1990er Jahre waren gekennzeichnet von Verarmung, Bevölkerungsschwund und Desorganisation, was zur Herausbildung von Einstellungen führte, die mit dem neotraditionalistischen Modell ukrainischer Identität korrespondierten, wie es die Nationaldemokraten propagierten. Sie bildeten Parteien, deren Programme sich auf die ukrainische Kultur und Sprache konzentrierten und genügend Wählerunterstützung fanden, um ins Parlament einzuziehen und eine Opposition zu bilden. Im Schatten dieser Parteien gediehen allerdings radikalere und weniger demokratische nationalistische Kräfte, die sich in den letzten Jahren zur Swoboda-Partei formierten. Beide nationalistische Gruppen versuchten nach Kräften, mit den Parteien der Oligarchen und deren Verbündeten zu konkurrieren. Die Spannungen und Konflikte zwischen der Befreiungs- und der Freiheitsstrategie, sprich Nationaldemokraten und *rent seekers*, wuchsen mit jedem Jahr und entluden sich schließlich 2004 in der Orangen Revolution.

Die Herrschaft der Oligarchen hatte aus der ukrainischen Demokratie eine Fassade gemacht: Alle Elemente waren da – Gewaltenteilung, Verfassung, Wahlen etc. –, doch die demokratischen Institutionen waren mit den eigenen Leuten besetzt, und de facto war die politische Partizipation der Bürger auf den Gang zu den Wahlurnen beschränkt, wobei die Wahlen zu einem manipulierbaren Legitimationsinstrument der Herrschenden wurden. Man muss also sagen, dass die prometheische Revolution der ukrainischen Demokratie keinen guten Dienst erwiesen hat.

Die Wiederkehr des revolutionären Augenblicks

Die Zweite Ukrainische Republik stand zweimal vor der Chance ihrer Neugründung: 2004 und 2013/14. 2004 hatte das Oligarchen-Regime die Minimalstandards demokratischer Wahlen offen missachtet, was die Bürger zu friedlichen Massendemonstrationen mobilisierte. Der Sieg der Orangen Revolution auf dem Maidan hatte zwei Hauptgründe: auf der einen Seite die Überzeugung der Bürger, dass politischer Protest ihr unverfügbares Recht ist, auf der anderen Seite der sowjetische Instinkt der politischen Führung, auf diesen Protest einzugehen. Die Bereitschaft, die politische Kommunikation auch unter Konfliktbedingungen aufrechtzuerhalten, ermöglichte es, Blutvergießen zu vermeiden und die Nation nach dem ersten Maidan zu versöhnen. Damit wurde der Maidan als demokratische Praxis institutionalisiert und ein wichtiger Teil des Repertoires der ukrainischen politischen Kultur.

Zugleich ist damit ein Narrativ entstanden, das die Orange Revolution als Fortsetzung der »Granitrevolution« von 1990 darstellt. Damals gab es Studentenproteste, die den Weg zur Unabhängigkeit ebneten – jedenfalls werden sie im patriotischen Diskurs so interpretiert. Es waren keine Massenproteste, aber lebendige Versuche, neue Formen politischer Praxis für die Ukraine zu entwickeln. Die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung ging einher mit friedlichen Formen des Protestes wie Streiks und permanente Präsenz auf dem Kiewer Maidan, damals noch Platz der Oktoberrevolution, und in den Straßen einiger Universitätsstädte. Der Kampf der Studenten war erfolgreich und hat, wenn man so will, den Maidan als politisches Paradigma gestiftet – als eine Praxis, wie die Ukrainer in einer Situation der Bedrohung ihrer Republik handeln können.

Gleichwohl kann ein Protest, auch wenn er über Wochen oder gar Mo-

nate anhält, demokratische Institutionen nicht ersetzen. Dass die Orange Koalition im September 2005 zerbrach und Politiker aus der Kutschma-Ära in die Regierung zurückkehrten, lehrte die Bürger, den Politikern zu misstrauen und ihr Handeln permanent zu überwachen. Zugleich führte diese Erfahrung aber auch zu schwindender Wahlbeteiligung, Demokratieverdrossenheit und dem Wunsch nach einer starken Hand. Davon profitierten 2010 bei den Präsidentschaftswahlen zwei politische Figuren: Julija Tymoschenko und Wiktor Janukowytsch verkörperten beide den autoritären Trend, jeder auf seine Weise – in Gestalt eines patriotischen Populismus und einer bevormundenden Sowjetnostalgie.

Schon 2010 sahen einige Intellektuelle im Sieg von Janukowytsch ein Vorzeichen für das Ende der Zweiten Republik.⁴ Für sie war er der Inbegriff von Modernisierungsverweigerung und Regression in ein autoritäres System eurasischen Typs, das die Wiederkehr jeglicher revolutionären Chance zunichtezumachen schien.

Doch war es Janukowytsch selbst, der das post-orange Trauma bald heilen sollte. In gewisser Weise kann man ihm gleich eine doppelte Vaterschaft für die beiden ukrainischen Revolutionen, die Orange Revolution und den Euromaidan, zuschreiben. Mit seinen Donezker Partnern teilte er einige Verhaltensmuster, die Massenproteste provozierten. Die Wurzeln liegen in spezifischen politischen Erfahrungen und Haltungen, die Janukowytsch und seine Umgebung aus der Revolution im Privatsektor mitbrachten. Die Leichtigkeit, mit der man Geschäft und öffentliches Amt verbinden konnte, ein Wille zur Macht, der sich in Geld bemaß, Bereitschaft zum Gebrauch von Gewalt und eine tiefe Geringschätzung politischer Kommunikation zeichnen alle Führer der Interessengruppen aus, die die »Gesellschafter« der herrschenden Partei der Regionen bilden. All das gipfelte schließlich in einem Regime, in dem persönliche Freiheit und private Interessen weder durch einen Rechtsstaat noch durch demokratische Institutionen begrenzt wurden.

Heute wissen wir, dass Janukowytsch bereits im Herbst 2004 bereit war, dieselben Mittel wie 2013 einzusetzen. Doch seine Kampflust wurde von dem damaligen Präsidenten Leonid Kutschma gezügelt, einem Mitglied der alten Sowjetnomenklatur. 2013/14 aber gab es keine politische Figur oder Institution mehr, die den schlechten Gewohnheiten, die Janukowytsch und seine Leute in die Politik mitgebracht hatten, Einhalt hätten gebieten können.

In den vier Jahren seiner Herrschaft verspielte Wiktor Janukowytsch nicht nur seine Legitimität als Präsident, sondern auch die der Zweiten Republik. Er änderte die Verfassung und verschaffte seinem Amt fast grenzenlose Macht. Er schuf eine »Machtvertikale« nach dem Modell von Putin und kontrollierte Legislative, Judikative und Exekutive. Er zerstörte das kleine Unternehmertum und den Mittelstand und zog gleichzeitig eine Klientel heran, die vom Staatsbudget alimentiert wurde, bis sie es sprengte. Er übte Druck auf die meisten anderen Oligarchen aus, während seine eigene »Familie« ihren Reichtum jedes Jahr verdoppeln konnte.

Unter diesen Vorzeichen war der Euromaidan, der ganz ähnlich begann wie die Orange Revolution, dazu verurteilt, einen anderen Verlauf zu nehmen. Seine friedliche Periode fand ein schnelles Ende. Der brutale nächtliche Polizeieinsatz gegen die auf dem Platz ausharrenden Studenten, der in allen Medien, gleich ob für oder gegen Janukowytsch, gezeigt wurde, provozierte eine Massenreaktion. Nach den Zehntausenden Demonstranten für eine europäische Integration kamen nun Hunderttausende auf den Maidan. Die weiteren repressiven Maßnahmen des Präsidenten, die am 16. Januar 2014 in einem drakonischen Erlass zur Einschränkung der Bürgerrechte gipfelten, lieferten ebenso viele Motive, den Widerstand gegen das Regime weiter zu verstärken. Während sich Putin bei der Einführung autoritärer Strukturen Zeit nimmt und dabei die volle Unterstützung der Duma und der Bevölkerung genießt, versuchte sein unpopulärer und nur noch von einer knappen Mehrheit im Parlament unterstützter ukrainischer Amtskollege dasselbe inmitten einer politischen Krise. Das war der Schritt, mit dem er die politische Kommunikation mit der Gesellschaft ganz aufkündigte und der den Maidan von einem friedlichen Protest in einen gewaltsamen Konflikt umkippen ließ, wie ihn die unabhängige Ukraine bis dahin noch nicht erlebt hatte.

In einem weiteren Punkt unterscheidet sich der Maidan von 2013/14 von dem von 2004. Er begann als ein Bürgerprotest, der sich – eingedenk der Lektionen, die das Scheitern der Orangen Koalition gelehrt hatte – von den Protesten fernhielt, die einige Parteien auf dem Nachbarplatz organisierten. Als die Lager später verschmolzen, unterstrichen die Euromaidan-Aktivisten weiterhin den Unterschied zwischen beiden Gruppen. Sie glaubten nicht daran, dass die Oppositionsparteien in der Lage sein würden, ihr Versprechen eines Neuanfangs für die Republik zu halten. Wenn die Energie der Massenproteste keinen politischen Kanal

findet, haben utopische Erwartungen Konjunktur. 2004 gab es eine politische Figur, die das Vertrauen der Protestierenden hatte und der sie zu trauten, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern. Die Autorität von Wiktor Juschtschenko vermochte es überdies, die radikalen Nationalisten vom Maidan fernzuhalten. 2013/14 jedoch sahen die Protestierenden weder eine politische Chance noch eine politische Figur, der sie vertrauen konnten. Die aufgestaute Protestenergie, ein ungleich bedrohlicherer Feind in Gestalt eines zum Diktator mutierenden Präsidenten und die Präsenz radikaler, organisierter Gruppen führten schließlich zum Brudermord.

*

Das Maß an Gewalt, das das Land im Januar und Februar 2014 erlebt hat, zeigt, dass es für die Ukrainer an der Zeit ist, ihre Republik neu zu gründen. Die Hauptziele schließen jene von 1991 ein: eine Demokratie, die diesen Namen verdient, freie Marktwirtschaft und europäische Integration. Doch heute bedeutet dies, dass die Dritte Republik auf die Lehren gegründet sein muss, die wir aus dem Scheitern der postsowjetischen Befreiung – Spaltung des Landes durch die Identitätspolitik der Nationaldemokraten – einerseits und den tragischen Folgen einer von privaten Interessen fehlgeleiteten Freiheit – Oligarchie und Korruption – andererseits ziehen. Beide stellen Gefahren dar, die keineswegs gebannt sind. Der fundamentale Widerspruch zwischen den beiden Strategien, für die Moses und Prometheus hier symbolisch stehen, muss überwunden werden. Wenn es uns gelingt, die auf Freiheit gegründete politische Kreativität in die öffentliche Sphäre zurückzubringen, kann uns der promethische Akt der Gründung der Dritten Republik gelingen.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Literatur

Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974.

Anders Aslund, *How Capitalism Was Built*, Cambridge UP 2007.

Ferdinand Feldbrugge, »Government and Shadow Economy in the Soviet Union«, in: *Soviet Studies*, vol. XXXVI, nr. 4 (1984), S. 528-543.

Georgij Kasyanov, *Ukraina 1991-2007: Ocherki Noveishei Istorii*, Kiew 2008.

Ivan Krastev, »Der Transparenzwahn«, in: *Transit*, Nr. 44 (2013), S. 7-22.

- Alexander Kupatadze, *Organized Crime, Political Transition and State Formation in Post-Soviet Eurasia*, New York 2012.
- Karl Popper, *The Poverty of Historicism*, London 2002.
- Pierre Rosanvallon, *Democratic Legitimacy: Impartiality, Reflexivity, Proximity*, Princeton UP 2011.
- Mykola Riabchuk, »Kinets' Druhoyi Respubliky«, in: *Krytyka*, vol. 11/12, nr. 157/158 (2010), S. 4-9.
- Roman Szporluk, *Communism and Nationalism: Karl Marx and Friedrich List*, Oxford UP 1988.

Anmerkungen

- 1 Zur sowjetischen Schattenwirtschaft vgl. Feldbrugge 1984, S. 528ff.
- 2 Am präsentesten waren und sind die Dnipropetrowsker und Donezker Gruppe, die in die Batkiwschina-Partei bzw. die Partei der Regionen integriert sind. Sie setzen die sowjetische Tradition regionaler Gruppenbildungen innerhalb der Kommunistischen Partei fort (z.B. die Stawropol-Gruppe um Andropow und Gorbatschow oder Breschnews Dnipropetrowsker Gruppe) – ein Nebenprodukt der Bekämpfung von Fraktionsbildungen sowie des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit.
- 3 Vgl. den Beitrag von Leshchenko in diesem Heft. (Anm. d. Red.)
- 4 Besonders interessant hierzu: Riabchuk 2010.